

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Johannes Rau zum  
Attentat auf Detlev Kar-  
sten Rohwedder: Vor-  
ausschauender Sanie-  
rer wurde Opfer infa-  
mer Mörder.

Seite 1

Horst Isola zur Diskus-  
sion über Bundeswehr-  
Einsätze im UNO-Rah-  
men: Grünhelme statt  
Blauhelme!

Seite 2

Horst Niggemeier MdB  
zur Entwicklung in der  
Region Recklinghau-  
sen: Kohlereichster  
Kreis der Bundesrepu-  
blik droht zur Armutsin-  
sel zu werden.

Seite 3

Dokumentation  
Manfred Stolpe, Mini-  
sterpräsident von  
Brandenburg, veröf-  
fentlichte in der Berliner  
Zeitung "Der Morgen"  
eine Oster-Kolumne,  
die wir im Wortlaut do-  
kumentieren.

Seite 5

46. Jahrgang / 62

2. April 1991

### Vorausschauender Sanierer wurde Opfer infamer Mörder

Zum Attentat auf Detlev Karsten Rohwedder

Von Johannes Rau  
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Das entsetzliche Attentat auf Detlev Karsten Rohwedder hat unseren  
österlichen Frieden jäh beendet.

Der hinterhältige Anschlag auf Detlev Karsten Rohwedder und seine  
Frau muß uns alle tief erschüttern. Unser Mitgefühl gilt seiner verletzten  
Frau und seinen beiden Kindern. Es ist bedrückend, daß ein Mann wie  
Rohwedder, der seine Verantwortung für die Überwindung der Teilung  
nicht nur gespürt, sondern als persönlichen Auftrag angenommen hat,  
das Opfer infamer Mörder wurde.

Der Tod des langjährigen Staatssekretärs im Bundesministerium für  
Wirtschaft und des erfolgreichen und vorausschauenden Sanierers  
und Erneuerers eines der größten Montanbetriebe in Nordrhein-West-  
falen hinterläßt eine schmerzliche Lücke im Aufbauwerk für die fünf  
neuen Länder. Dr. Detlev Karsten Rohwedder stand für zukunftsge-  
richtete Wirtschaftspolitik, regionale Verantwortung von Unternehmen  
und die Wahrung sozialer Belange der Arbeitnehmer.

(-/2. April 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressahauss 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemfischer Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



**Grünhelme statt Blauhelme!**  
Zur Diskussion über Bundeswehr-Einsätze im UNO-Rahmen

Von Horat Isola  
Mitglied der Bremer Bürgerchaft  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD Bremen

Der mit knapper Mehrheit vom SPD-Parteivorstand in Bonn beschlossene Leitantrag für den Bundesparteitag Ende Mai, das Grundgesetz so zu ändern, daß künftig deutsche Soldaten "im Rahmen der UNO und unter UNO-Kommando an friedenssichernden Maßnahmen (Blauhelmeinsätzen) teilnehmen können", ist abzulehnen.

Eine solche Änderung des Grundgesetzes hätte eine weitreichende sicherheitspolitische Kursänderung der deutschen Außenpolitik zur Folge. Damit wäre der erste Schritt für weitergehende "out-of-area"-Einsätze der Bundeswehr getan, wie sie bereits jetzt von den Unionsparteien gefordert werden.

Eine Entscheidung der SPD für eine deutsche Beteiligung an militärischen UNO-Einsätzen wäre vor allem deswegen verhängnisvoll, weil damit die Gefahr entstünde, einem Denken Vorschub zu leisten, das auf eine Militarisierung der Außenpolitik hinausläuft. Es könnte der fatale Eindruck entstehen, daß internationale Krisen und Probleme in erster Linie mit militärischen Mitteln gelöst werden könnten.

Vor dem Hintergrund zweier Weltkriege und der historischen Verantwortung Deutschlands hierfür darf es für die deutsche Politik keine militärischen Optionen, welcher Art auch immer, mehr geben. Stattdessen müssen wir Sozialdemokraten darauf drängen, entsprechend dem friedensstaatlichen Auftrag des Grundgesetzes (Artikel 26) unsere neu gewonnene Souveränität und unsere durch die Vereinigung größer gewordenen politischen Einflußmöglichkeiten international zur Geltung zu bringen.

Nicht deutsche Soldaten sind künftig weltweit gefordert, sondern unsere politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Kompetenzen. Die Überwindung des sich immer mehr verschärfenden Nord-Süd-Konflikts aufgrund der zunehmenden Verelendung in der sogenannten Dritten Welt mit ihren Folgeproblemen auch für die reichen Industrienationen (zum Beispiel Weltflüchtlingsbewegung) erfordert weitreichende friedenswahrende Konzepte, die an den Ursachen ansetzen. Dazu gehört endlich ein ausnahmsloses Verbot von Rüstungsgütern außerhalb des Bündnisses. Und in der Golfregion sind statt Blauhelmen jetzt Grünhelme einer internationalen Umweltschutztruppe gefragt.

(-/2.April 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Kohlereichster Kreis der Bundesrepublik droht zur Armutinsel zu werden**  
**Zur Entwicklung in der Region Recklinghausen**

**Von Horst Niggemeler MdB**  
**Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag Recklinghausen**

Der Kreis Recklinghausen ist mit 640.000 Einwohnern der bevölkerungsreichste und auch der kohlereichste Kreis der Bundesrepublik Deutschland. Auf engstem Raum mit einer Nord-Süd-Ausdehnung von 30 km und einer Ost-West-Ausdehnung von 39 km werden in den sechs noch verbliebenen Bergwerken des Kreises rund 15,8 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert und 23.600 Menschen beschäftigt. Zum Vergleich: Die Kohlenförderung im Kreis Recklinghausen übersteigt die des Saarbergbaus mit 9,7 Millionen Tonnen um rund 63 Prozent.

War früher einmal der Bergbau ein wirtschaftsstärkendes Element im Kreis Recklinghausen, so erweist er sich seit der nun über 25 Jahre andauernden Kohlenkrise zunehmend als ein die Region verunsichernder Schwächefaktor.

Die im Bundesvergleich überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten in den Städten des Kohle-Kreises Recklinghausen lassen trotz erheblicher Bemühungen um eine Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur erkennen, daß es bis heute nicht gelungen ist, die durch die Zechenstilllegungen in Castrop-Rauxel, Waltrop, Datteln, Recklinghausen, Marl, Herten und Gladbeck entstandenen Arbeitsplatzverluste auszugleichen.

Die sozialverträglichen Abfederungen der massiven Belegschaftsreduzierungen in der Vergangenheit dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bergbau-Arbeitsplätze und der damit auch verbundene Abbau von Arbeitsplätzen in der Bergbauzulieferindustrie des Kreises letztlich für die nachgewachsene Generation fehlen.

In dem im Auftrag der NRW-Landesregierung erstellten Bericht der 'Kommission Montanregionen des Landes NRW 1989' wurde das schon deutlich genug beschrieben: 'Die Entwicklung seit 1977 zeigt einerseits einen Arbeitsplatzabbau in den 'alten' Industrien und andererseits die Entstehung von 'neuen' Branchen. Dabei sind per Saldo 8.500 Arbeitsplätze verlorengegangen.'

Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) beschreibt ergänzend dazu den Arbeitsamtsbezirk Recklinghausen als einen Bezirk, in dem 'das Risiko der Arbeitnehmer, arbeitslos zu werden und zu bleiben, überdurchschnittlich groß ist'. Eine 'Tendenz zum Arbeitsplatzmangel' wird dem Kreis Recklinghausen bescheinigt. An dieser Einschätzung dürfte sich bis heute nichts geändert haben.

Es scheint, daß man sich diesen negativen Umstand bisher noch nicht ausreichend bewußt gemacht hat, denn es geht bei aller Euphorie über ansteigende Arbeitsplatzzahlen im Dienstleistungsbereich mit den Arbeitsplatzangeboten im industriellen Bereich weiter abwärts.

Das jetzt im Bonner Wirtschaftsministerium vorliegende Optimierungsmodell für den deutschen Steinkohlenbergbau bis zum Jahre 2005 wird auch für den Kreis Recklinghausen diese gefährliche Tendenz weiter verstärken.

Eine zugegebenermaßen sehr überschlägige Berechnung der möglichen Auswirkungen des Optimierungsmodells auf den Kreis Recklinghausen läßt jedenfalls erkennen, wohin die Reise gehen kann. Abweichungen nach oben oder unten sind dabei möglich, aber sie ändern nichts an dem prinzipiell negativen Trend für den Kreis Recklinghausen.

Der Anteil des Kreises Recklinghausen an der bundesdeutschen Steinkohlenförderung liegt bei beachtlichen 23 Prozent und der Belegschaftsanteil bei 18 Prozent.

Umgerechnet auf die im Optimierungsmodell bis 2005 bundesweit vorgesehene Verminderung der Kohlenförderung um 13,2 Millionen Tonnen und der Belegschaften um 30.000 Beschäftigte plus 40.000 abhängige Arbeitsplätze im vor- und nachgeordneten Bereich der Steinkohle ergeben sich für den Kreis Recklinghausen folgende Werte:

- die Kohlenförderung vermindert sich um 2,6 Millionen Tonnen,
- Die Anzahl der Bergleute geht um 5.400 zurück und
- im vor- und nachgeordneten Wirtschaftsbereich des Bergbaus sind 7.200 Arbeitsplätze betroffen,
- insgesamt also stehen 12.600 Arbeitsplätze im Kreis Recklinghausen auf der Verlustliste.

Es ist sehr die Frage, ob es gelingen kann, den schon jetzt unbefriedigenden Status des Arbeitsmarktes im Kreis Recklinghausen auf dem status quo zu halten. Immerhin müßten dann 12.600 neue Arbeitsplätze bis 2005 geschaffen werden. Und die müßten vornehmlich im industriellen und gewerblichen Bereich entstehen.

Die manchmal unbekümmert formulierten Hoffnungen auf eine Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft durch den Ausbau des Dienstleistungs- und Universitätswesens übersehen, daß sich eine Verbesserung der kommunalen Finanzkraft und des Arbeitsplatzangebotes in ausreichender Größenordnung nur aus einer signifikanten Erhöhung industrieller und gewerblicher Arbeitsplätze ergeben werden.

Angesichts der durch gewollte und auch notwendige öffentliche Förderung in die neuen Bundesländer gelenkten Investitionstätigkeit der Industrie wird es jedoch nicht ganz so einfach sein, die Strukturschwächen in den Bergbau-Regionen qualitativ, quantitativ und zeitlich angemessen zu überwinden.

Diese Betrachtungen über die Folgen des Optimierungsmodells für die Steinkohle müßten sich jedoch noch weiter verschärfen, wenn die vom Bergbau in seinem Optimierungsmodell genannte Förderhöhe von 58,7 Millionen Tonnen keine Gnade in Bonn und Brüssel finden würde. Das ist zu befürchten. Immerhin wird in diesen Kreisen ernsthaft davon gesprochen, daß die deutsche Steinkohlenförderung von jetzt 71 Millionen vielmehr um 31 Millionen auf dann 40 Millionen Tonnen zurückgeführt werden müssen.

Nach allen bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, daß die 58,7 Millionen Tonnen des Optimierungsmodells nicht das letzte Wort, sondern eher Gegenstand eines neuen Verhandlungspokers in Bonn und Brüssel sein werden, dessen Ausgang aus der Sicht des Bergbaus und der Bergleute sowie der Bergbauzulieferindustrie die höchste Unsicherheitsstufe hat.

Die Folgen für den Kreis Recklinghausen wären dann noch dramatischer als sie es ohnehin schon sein werden, wenn das vom Bergbau vorgelegte Optimierungsmodell mit der Förderhöchstzahl von 58,7 Millionen Tonnen realisiert wird. Daß die dem Kreis Recklinghausen benachbarten Städte Herne, Gelsenkirchen und Bottrop in ähnlicher Weise betroffen sein werden, ist bei den Verflechtungen innerhalb der Emscher-Lippe-Region wohl nicht auszuschließen.

Diese negative Entwicklung trifft eine Region, von der es schon in dem Bericht der "Kommission Montanregion des Landes Nordrhein-Westfalen 1989" heißt:

"Die wirtschaftliche Leistungskraft der Region bewegt sich am unteren Ende der Montanregionen, die Bruttowertschöpfung war 1984 mit knapp 20.000 DM/Einw. die niedrigste aller Regionen... Bei dem verfügbaren Einkommen bewegt sich die Region zwar auch am unteren Ende, liegt mit knapp 17.000 DM/Einw. aber nur rund sechs Prozent unter dem Landesdurchschnitt (1984). Auch hier hat sich die Situation seit 1982 deutlich verschlechtert."

Fazit: Wenn die Emscher-Lippe-Region mit dem Schwerpunkt des Kohle-Kreises Recklinghausen angesichts der zu erwartenden Probleme nicht zu einer Armutsinsel in Nordrhein-Westfalen verkümmern soll, dann muß die Landesregierung gemeinsam mit dem Bund unverzüglich ein "Spezialprogramm Emscher-Lippe-Region" auflegen. Das mit Sitz und Stimme im Bundesrat vertretene Saarland hat es da ungleich leichter als die Emscher-Lippe-Region, sich im Bund für seine Probleme Gehör zu verschaffen. Der Kohle-Kreis Recklinghausen in der Emscher-Lippe-Region mit den ungleich größeren Zukunftsproblemen ist darauf angewiesen, daß sich die nordrhein-westfälische Landesregierung seiner Schwierigkeiten annimmt. Ungeachtet der Tatsache, daß sich der beim Bundeswirtschaftsminister angesiedelte Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" im Januar mit einer Neuordnung der Fördergebiete auch in NRW befaßt hat, gehört das Problem Emscher-Lippe-Region dort erneut auf die Tagesordnung.

(-/2. April 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Menschenrecht auf Mitarbeit**

Manfred Stolpe, Ministerpräsident von Brandenburg, veröffentlichte in der Berliner Zeitung "Der Morgen" eine Oster-Kolumne, die wir nachstehend dokumentieren:

Als "Freißelangenschaft" ist die Lage in der DDR vor dem Durchbruch der Mauer bezeichnet worden. Gemeint ist ein Leben, in dem die materielle Grundversorgung gesichert, aber die Freiheit eingeschränkt ist. Diese etwas hämische und oberflächliche Beschreibung trifft den

spannenden Zusammenhang von Freiheit und sozialer Teilhabe, einer zentralen Frage der internationalen Menschenrechtsdiskussion.

Was braucht der Mensch? Das ist mehr als die materielle Existenzsicherung. Es geht um die Menschenwürde. Es geht um das Recht des Einzelnen, die Freiheit seiner Person, einschließlich der Mitentscheidung und Mitgestaltung seiner sozialen und kulturellen Lebensbedingungen. Das ist ein untrennbarer Zusammenhang. Deshalb reichen Freiheit und sozialfürsorgende Überlebenssicherung nicht aus. Denn dabei bleibt die Mitgestaltungsbereitschaft der Menschen außer Acht.

Sozial gesichert sind wir alle im gemeinsamen Deutschland. Verhungern muß niemand, und auch ein Dach über den Kopf kann dieses reiche Land für alle sichern. Es geht um mehr. Es geht um das Teilhaberecht. Das ist nicht nur frei reisen und frei wählen können. Das ist genauso die direkte Mitarbeit bei der Gestaltung der Verhältnisse. Die Menschen im Osten Deutschlands waren es 1989 satt, unfrei und von der Mitwirkung ausgeschlossen zu sein. Sie wagten unter Lebensgefahr den aufrechten Gang. Sie errangen dabei die Freiheit.

Man sollte die Parolen vom Herbst '89 aufmerksamer lesen. Die Leute im Osten wollten nicht nur nach München und Mallorca reisen. Sie wollten unbedingt auch mitreden und mitmachen, wie es hierzulande weitergeht.

Heute fürchten viele, daß sie nur die Hälfte ihrer Bemühungen erreicht haben. Denn wer seine Arbeit verliert und keine Aussicht auf neue Tätigkeit erhält, ist abgehängt, ist nur ein Halbfreier. Das empfinden sie, deshalb demonstrieren sie. Und wer Menschenwürde und Menschenrechte ernsthaft und umfassend will, wird das begreifen. Die Frauen und Männer in Ostdeutschland gingen 1989 nicht auf die Straße, um 1991 auf die Straße zu fliegen. Sie dürfen nicht dafür bestraft werden, daß sie selbst ein Unfreiheitssystem stürzten. Sie müssen die Chance erhalten, mit ihrer Arbeit ihr befreites Land mit aufzubauen. Das ist ein Menschenrecht, und zu seiner Durchsetzung braucht es den aufrechten Gang. Und wenn es nicht verstanden wird, werden mehr Demonstrationen und weitere Proteste folgen.

Man braucht sich am Rhein vor den Osis nicht zu fürchten. Sie wollen weder das bundesdeutsche System noch seine Amtsträger stürzen. Sie wollen nur ihre vollen Rechte, die ganzen Menschenrechte, Freiheit und Mitarbeit. Das ist zu schaffen. Allerdings nicht mit Abwarten, Vertrösten oder politischen Schaukämpfen, sondern mit einer gemeinsamen Aufbauleistung der Politik, der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der vielen arbeitswilligen Menschen. Es wird dringlich!

(-/2. April 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*